

Immobilienmakler ermittelt den Wert des Schlosses Salem

Prinz Bernhard: Verkauf ist noch keine beschlossene Sache

Von unserem Redaktionsmitglied
Wolfgang Voigt

Stuttgart/Salem. „Ja“, bekräftigt Bernhard Prinz von Baden, „ich höre mich im Markt um.“ Der Generalbevollmächtigte des Hauses Baden macht sich Stück für Stück mit den Möglichkeiten eines Verkaufs des Schlosses Salem vertraut. Beschlossene Sache ist eine Veräußerung zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht, wie der Prinz im Gespräch mit den Badischen Neuesten Nachrichten beharrt.

Bis Jahresende halten die Banken noch still, macht der 37-Jährige deutlich. Dann aber brauche er eine „plausible Rückführungsstrategie“. Eine solche unter Umgehung eines Schloss-Verkaufs zu vermitteln, sei kaum möglich, solange das Land nicht verhandle. Mit 30 Millionen Euro steht das Haus Baden bei den Instituten in der Kreide. Geld, das in den vergangenen Jahren zur Sicherung und Pflege des gewaltigen Schlosskomplexes nebst Münster ausgegeben werden musste.

Die Landesregierung hält sich unterdessen weiter bedeckt. Er sage dazu nichts, ließ gestern Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) ausrichten. Finanzminister Gerhard

Prinz Bernhard

Stratthaus erklärte, das Land führe gegenwärtig „Gespräche mit dem Haus Baden über das Schloss Salem“. Inhalte nannte er nicht. Der Prinz habe ein renommiertes privates Immobilienunternehmen beauftragt, „den objektiven Wert des Kulturdenkmals und der Immobilie festzustellen“. Sobald das Gutachten vorliege, werde die Regierung über das weitere Vorgehen beraten. Nach Ansicht von Wissenschaftsminister Peter Frankenberg wird es „bis 2008 keine finanzielle Lösung für die Probleme des Hauses Baden“ geben. Noch immer ist im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Vergleich eine Expertenkommission damit befasst, die Besitzverhältnisse von Kunstgegenständen zu prüfen. Die politischen Schlussfolgerungen könnten frühestens im Lauf des nächsten Jahres gezogen werden.

Angesichts der ablaufenden Zeit müsse die Zukunft des Schlosses von der Frage nach den Eigentumsrechten an den Kunstgegenständen getrennt werden, meint der Prinz. Die Landesvereinigung Baden in Europa fordert unterdessen, die Landesstiftung solle Geld bereitstellen, um Salem zu erhalten. Beim Verkauf des Neuen Schlosses in Baden-Baden habe sich das Land bereits seiner Verantwortung entzogen, so Vorsitzender Robert Mürb.